

Verfassungsschutz erwartet Gewalt

Zu den Protesten gegen den Nato-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden werden nach Einschätzung des Bundesverfassungsschutzes auch mehrere tausend gewaltbereite Linksextremisten anreisen. "Wir rechnen derzeit mit einem militanten Potenzial von 3000 Teilnehmern bei der Großdemonstration in Straßburg", sagte Verfassungsschutz-Chef Heinz Fromm in einem Reuters-Interview.

Die Linksextremisten mobilisierten ihre Anhänger schon seit Monaten für den Gipfel. Insgesamt würden sich an der Großkundgebung in Straßburg am Samstag in einer Woche voraussichtlich 15.000 bis 20.000 Nato-Kritiker beteiligen, etwa zwei Drittel davon aus Deutschland.

Die Organisatoren des Protestcamps in Straßburg eine beklagen eine "Kriminalisierung" durch die französischen Behörden. Beim Aufbau des Camps in Straßburg-Ganzau am Freitagmorgen habe die französische Polizei die Ausweise aller Personen auf dem Gelände kontrolliert, kritisierte das regionale Aktionsbündnis "resistance des deux rives" (Widerstand der zwei Ufer). "Mit dieser Maßnahme wird die ausgehandelte Anonymität der Beteiligten ad absurdum geführt", betonte das Aktionsbündnis. Die Nato-Gegner würden "kriminalisiert, bevor die Proteste überhaupt begonnen haben".

Das "Widerstandscamp" in Straßburg soll bis zu 5000 Nato-Gegnern als Unterkunft dienen. Neben den Zelten der Demonstranten entstehen Küchen, ein alternatives Medienzentrum, ein Infopunkt, ein Treffpunkt für Anwälte und "Rechtshilfeaktivisten", ein Sanitätsbereich sowie Zelte für Workshops.

Ob und in welchem Ausmaß es während des Treffens der Staats- und Regierungschefs der Militärallianz zu Ausschreitungen kommen werde, sei nicht vorhersehbar, sagt Fromm. Erfahrungsgemäß hänge dies davon ab, welche Möglichkeiten die Militanten in der konkreten Situation für den Einsatz von Gewalt sähen. "Es ist Gewaltbereitschaft da, und dann kommt es auf die Gelegenheit an: Was geht, das wird gemacht", sagte Fromm.

Die Gipfel-Gegner planen nach seinen Angaben eine ganze Reihe unterschiedlicher Veranstaltungen. Im Wesentlichen würden sich die Proteste aber auf den Samstag in Straßburg konzentrieren. "Wir gehen davon aus, dass es Versuche geben wird, bereits am Vormittag Blockade-Aktionen durchzuführen, an denen sich nach unserer Schätzung bis zu 5000 Personen beteiligen könnten", erklärte Fromm.

Auch in der Kurstadt Baden-Baden sei mit Protesten zu rechnen, aber in deutlich geringerem Ausmaß - "was allerdings nicht ausschließt, dass es auch hier zu Zwischenfällen kommen kann". Die Lage werde täglich neu bewertet, damit die deutschen und französischen Behörden ihre Sicherheitsvorkehrungen anpassen könnten.

Mit ihren Aktionen gegen den Gipfel wollten sich die militanten Linksextremisten öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen, sagte der Verfassungsschutz-Präsident. "Sie halten friedliche Proteste und Demonstrationen für wenig erfolgversprechend."

Gewalttaten sowohl gegen die Polizei als auch gegen Nato-Einrichtungen seien zu befürchten. "Aller Erfahrung nach muss mit beidem gerechnet werden, denn in den Augen von Linksextremisten sind Polizei wie Nato Symbole staatlicher Unterdrückung", sagte Fromm.

Während des zweitägigen Jubiläumsgipfels zum 60-jährigen Bestehen des Militärbündnisses gelten an den Veranstaltungsorten Baden-Baden, Kehl und Straßburg strengste Sicherheitsvorkehrungen.

Allein auf deutscher Seite sollen knapp 15.000 Polizisten zum Schutz des Treffens eingesetzt werden, an dem auch US-Präsident Barack Obama teilnimmt. Auch die Bundeswehr leistet mit etwa 600 Soldaten Amtshilfe: bei der Überwachung des Luftraums, beim Luft- und Straßentransport, im Sanitätsdienst sowie bei der ABC-Abwehr.

Am Rande des letzten großen Gipfeltreffens in Deutschland - des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm - war es zu schweren Ausschreitungen gekommen. Militante Autonome lieferten sich nach einer Großkundgebung im nahe gelegenen Rostock stundenlang Straßenschlachten mit der Polizei, bei denen etliche Menschen verletzt wurden. (rtr/afp/ddp)